

Öffentlichkeit Revisited mit Rosa Luxemburg

Kornelia Hauser und Gundula Ludwig

Die Einmahnung von Öffentlichkeit als 4. Gewalt, als Grundbedingung einer lebendigen Zivilgesellschaft, die Rosa Luxemburg als Kritik an den politischen Tendenzen der frühen Sowjetunion formulierte, ist bis ins politisch liberale Feld als geflügeltes Wort bekannt. Rosa Luxemburg hat in ihrem Werk mahndend darauf hingewiesen, dass ohne eine lebendige, kritische Zivilgesellschaft die gesellschaftlichen Institutionen verwahrlosen. Öffentlichkeit reguliert somit den Staat. Darin liegt eine Parallele zu John Deweys Arbeiten, der ebenso davon ausgeht, dass Öffentlichkeit „jenes Wesen oder Werkzeug (ist), das die Meinung formt und ausdrückt und von dem es heißt, dass es den Staat regiert“ (Dewey 2001, 7)

I.

Seit den 1980er Jahren lassen sich Umbauprozesse von Öffentlichkeit wahrnehmen. Im Folgenden wollen wir dabei auf folgende Dimensionen fokussieren:

- Privatisierung der Öffentlichkeit
 - „Die neue Öffentlichkeit folgt der Konstruktion von Weiblichkeit“
- Öffentlichkeit und Subjektionsprozesse

a) „Privatisierung der Öffentlichkeit“

Von den 60er bis zu den 80er Jahren war der öffentliche Raum von sozialen Bewegungen gefüllt, die dort Öffentlichkeiten oder besser Gegenöffentlichkeiten präsentierten. In ihnen wurden Interessen verhandelt, sichtbar gemacht, Probleme der privaten Regelung entrissen (Gewalt gegen Frauen, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung u.a.m.), Regierungspolitik kritisiert. Seit den 80er Jahren wurde Öffentlichkeit auf vielen Ebenen privatisiert, was im Folgenden exemplarisch am städtischen Raum sowie an den Medien aufgezeigt werden soll.

In den letzten Jahren lässt sich in den Städten zunehmend beobachten, wie ganze Strassenzüge zu Geschäfts- und Einkaufszonen umgebaut werden, die von privaten Sicherheitsorganen bewacht werden und die Bevölkerungsgruppen, die nicht dem Modell des „Normalbürgers“ entsprechen – wie Obdachlose, Menschen mit „anderer Hautfarbe“, Drogenabhängige – auszuweisen. Die Basis dafür ist nicht das bürgerliche Strafrecht, sondern vielmehr privatisierte Vorstellungen einer bürgerlichen Normalität. Die zunehmende Verschlankung des sozialen Lebens in der Stadt ist ein weiteres Phänomen. Das was als „sozial akzeptabel“ gilt erfährt immer engere Definitionen: die Obdachlosen verschwinden, die Stadt ist frei von Spiel- und Versammlungsflächen, Drogen und Alkohol werden missachtet, angemeldete Demonstrationen werden aus den Innstädten ferngehalten u.a.m.

Auch an den Medien lassen sich Tendenzen der Privatisierung ablesen: Während im Fordismus die mediale Öffentlichkeit lediglich einer sehr kleinen Gruppe von Akteure/innen zugänglich war – worauf sich linke Medienkritik wie Negt/Kluge vor allem bezogen – findet sich heute ein breites Spektrum an „Betroffenen“ in den Medien, die über ihre alltäglichen und intimen Anliegen zu Wort kommen können. Darüber hinaus hat die Anzahl privater Fernsehsender zugenommen – weshalb die Privatisierung der Medien paradoxerweise zu einer Ausweitung der Öffentlichkeit durch Privatisierung geführt hat. Die neuen Talkshows allerdings bedeuten nicht eine Zunahme an demokratischer Partizipationsmöglichkeiten, sondern reproduzieren vielmehr bestimmte Vorstellungen von Normalität, die nun aber nicht mehr autoritär-öffentlich sondern in privatisierter Form vermittelt werden.

Wenn Öffentlichkeit – wie Luxemburg annahm – dem Staat gegenüber eine Regulierungsinstanz darstellt, dann lässt sich folgern, dass diese Privatisierungstendenzen von Öffentlichkeit die Bedingungen darstellten, dass die Privatisierung der sozialstaatlichen Angelegenheiten überhaupt erst möglich wurde. Die Reprivatisierung von im Sozialstaat öffentlich geregelter Aufgaben, die Reprivatisierung sozialer Risiken wie Krankheit, Erwerbslosigkeit usw. setzte somit

die Privatisierung der Öffentlichkeit voraus. Ein zentraler Aspekt war dabei die Konstruktion der Öffentlichkeit als bedrohliche Anonymität. Das, was Öffentlichkeit ausmacht, dass in ihr Fremde Interessen aushandeln, wurde seit den 1980er Jahren zunehmend als fehlende Intimität und Vertrautheit artikuliert.

Diese Umbauprozesse der Öffentlichkeit lassen sich auch als Veränderung sozialer Kräfteverhältnisse interpretieren, da die Grenzziehung zwischen Öffentlich und Privaten Ergebnis von gesellschaftlichen Definitionen ist.

b) „Die neue Öffentlichkeit folgt der Konstruktion von Weiblichkeit“

Dass Öffentlichkeit zunehmend als das bedrohlich Fremde wahrgenommen wird, bedeutet auch, dass Öffentlichkeit nicht mehr als mittelbares Verhältnis unter Fremden gilt, sondern als unmittelbares Verhältnis unter Vertrauten – wie Talkshows dies beispielsweise suggerieren. Hand in Hand mit der Psychologisierung von allen Problemen, ging die Psychologisierung der Öffentlichkeit einher. Der subjektive Gefühlszustand – das Selbst - wurde wichtiger als das Handeln. Körper und Gefühl gewannen an Bedeutung, gegen Interesse und Kommunikation.

Diese Umbauprozesse lassen sich als „Feminisierung von Öffentlichkeit“ bezeichnen, da die Erziehung zur Weiblichkeit genau diese Dimensionen umfasst: Frauen sind zuständig für andere Körper und Gefühle. Diese Hinwendung zum Unmittelbaren lässt sich in den Verweiblichungsprozessen von Öffentlichkeit finden. Als Konsequenz daraus wird alles Fremde – das sog. Anonyme – zur Bedrohung. Öffentlichkeit wird somit privatisiert, indem aus Mittelbarkeitsverhältnissen Unmittelbarkeitsbeziehungen werden. Insofern folgt der Umbau der Öffentlichkeit der Konstruktion von Weiblichkeit, deren Zentrum Nahverhältnisse und Gefühlskompetenz darstellten.

Der öffentliche Raum, der „sauber und ordentlich“ gestaltet sein soll, folgt der Übersichtlichkeit des privaten Raums, wie er von der Frau hergestellt wird. Gestörte Ordnungen sind von Fremden, vom Anonymen und von Schmutz gezeichnet.

Diese Tendenz wird durch die zunehmende Überwachung der Städte gefördert: Überwachung formiert die Phantasie und die Vorstellungskraft. Die vorgestellte Überwachung erzwingt eine Vorstellung des anderen nicht nur als Anonymen sondern auch als Bedrohlichen. Die Gefühle der anderen sind nicht kontrollierbar. Überwachung von Städten ist die Intimisierung von Räumen, ist der gesellschaftlich organisierte weibliche Blick, der auf Nähe und Intimität gedrillt ist, Übersichtlichkeit und Hinwendung bloß zum Gekanntem kennt, das Persönliche will und das Unpersönliche nicht erträgt.

Paradoxerweise lässt sich somit folgern, dass die konkreten Frauen heute weniger in dieses Weiblichkeitsbild passen, Weiblichkeit als gesellschaftliches Regulativ jedoch nach wie vor wirkt und in gegenwärtige Umbauprozesse neu eingespannt wird.

Als Konsequenz der Verweiblichung von Öffentlichkeit lässt sich folgern, dass Öffentlichkeit entdemokratisiert wird: An die Stelle der Vermitteltheit der eigenen Angelegenheiten tritt die unmittelbare personale und persönliche Mitteilung, wie sie in weniger differenzierten Gesellschaften funktional war. Diese Unmittelbarkeitsverhältnisse sind Ausschlussmechanismen aus dem komplexen sozialen Netz und verlagern die Verfolgung allgemeiner Angelegenheiten wie von selbst in institutionelle Kontexte, die von den Individuen wiederum als Entfremdung wahrgenommen werden.

Parallel zu den Umbauprozessen von Öffentlichkeit ändert sich auch die Architektur des Staates und der Staatlichkeit. Diese Transformationsprozesse des Staates folgen dem Prinzip der Maskulinierung. Jene Bereiche, die historisch eng mit Maskulinität verbunden waren – wie der staatliche Gewalt- und Repressionsapparat⁴ werden ausgebaut, während historisch später integrierte feminisierte Bereiche – wie Sozialpolitik – zurückgefahren werden. Innerhalb der Staatsapparate erlangen jene Apparate, die für die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit von besonderer Relevanz sind, an Gewicht. In Anlehnung an Nicos Poulantzas kann festgehalten werden, dass

dabei bestimmte Entscheidungszentren und Knoten im Staatsapparat für bestimmte Interessen durchlässiger werden. So werden beispielsweise die Interessen der Zentralbanken (die eng mit den weltwirtschaftlichen neoliberalen Institutionen wie IWF, OECD und Weltbank in Verbindung stehen) gestärkt und zugleich der parlamentarischen Kontrolle entzogen, während beispielsweise sozial- und umweltpolitische Interessen an Bedeutung verlieren. Darüber hinaus lässt sich wahrnehmen, wie die Logik des Politischen zunehmend maskuliner wird, da sich ein dezisionistisches Politikverständnis, das auf Autorität und Führung basiert, ausbreitet. Als „weiblich“ gelten in diesem Diskurs: Diskussion, Verhandlung, Schwäche, Feigheit und Geschwätzigkeit. Die Angst vor Unterwerfung erzeugt die „kämpferische Unterwerfung“ – nur der starke Staat, der auch gegen seine BürgerInnen Entscheidungen fällt, ist ein souveräner Staat.

Auch aus dem neuen Leitbild staatlichen Regierens – dem Konzept der „Governance“ – lässt sich diese Maskulinisierung des Politischen ablesen, obwohl dieses Konzept in staatlichen Reden gerade mit dem Versprechen einer zunehmenden Demokratisierung des Politischen angetreten ist. Die Tendenz „from government to governance“ erlangte insbesondere im Zusammenhang mit der neoliberalen Kritik am starren, bürokratischen Wohlfahrtsstaat des Fordismus an Bedeutung. Diese zielen auf neue Muster der Steuerung sowohl auf supranationaler als auch auf nationalstaatlicher Ebene ab, in welcher verschiedene Akteure/innen aus Staat und Gesellschaft miteinander kooperieren. „An die Stelle eines dirigistischen Politikstils tritt ein eher `horizontaler´ Modus kollektiven Entscheidens in Politiknetzwerken. Diese Netzwerke umfassen Akteure aus dem öffentlichen Sektor, aus Regierungen und insbesondere Verwaltungen, ebenso wie Experten und Vertreter gesellschaftlichen Interessen, die durch öffentliche Politiken betroffen sind“ (Papadopoulos 2004, 216). Der Staatsapparat wird nicht mehr zentralisiert gedacht, sondern vielmehr sollen private Akteure/innen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, wodurch Partizipationsformen und Deliberationsprozesse erweitert werden sollen. Während allerdings zwar die Zahl der beteiligten

Akteure/innen steigt, sind die Entscheidungsstrukturen und –modi innerhalb der Governance-Zusammenhänge in höchstem Maße informalisiert, intransparent und zeichnen sich durch selektive Entscheidungszugänge aus. Somit liegt auch dieser Veränderung staatlicher Entscheidungsprozesse eine Verlagerung von formaldemokratischen hinzu informellen Entscheidungsprozessen zugrunde, was auch als Maskulinisierung des Politischen gefasst werden kann.

Die Vergeschlechtlichung gesellschaftlicher Bereiche wird somit im Zusammenhang mit den gegenwärtigen politischen Transformationsprozessen neu vermessen, da die „traditionelle“ Aufteilung zwischen dem männlichen Bereich der Öffentlichkeit und der weiblichen Privatsphäre neu angeordnet wird.

c) Öffentlichkeit und Subjektionsprozesse

Öffentlichkeit bzw. die Definition, was als öffentlich und was als privat gilt, stellt auch Formen der Vergesellschaftung zur Verfügung. Somit lassen sich mit den gegenwärtigen Umbauprozessen der Öffentlichkeit bzw. der Grenzlinie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit auch neue Subjektkonstruktionen wahrnehmen. Zentral dabei ist die Zentrierung auf das Selbst, einem Selbst, das durch sich selbst erklärbar wurde. Während die Anderen, Fremden, Anonymen der Öffentlichkeit immer mehr zur Bedrohung werden, gilt das „private und unmittelbare Selbst“ als Ort der Sicherheit.

In den öffentlichen Konstruktionen von Subjektivität steht die Vorstellung der permanenten „Arbeit an sich“ im Zentrum, während die Handlungsbedingungen dabei außerhalb des Blickfeldes bleiben. Die „Arbeit an sich selbst“ verschließt oder entnennt die „Arbeit an den äußeren Bedingungen“. Diese Konstruktion an sich ist nichts Neues, da es ein integraler Bestandteil der Vorstellung des bürgerlichen souveränen Subjekts ist, allerdings lassen sich gegenwärtig Verschärfungen erkennen, was zum einen damit zusammen hängt, dass durch das Fehlen von

sozialen Bewegungen keine Alternativen im öffentlichen Raum sichtbar sind. Zum anderen zeichnet sich die gegenwärtige Gesellschaftsformation dadurch aus, dass deren Regulierung weniger durch klar ersichtliche Disziplinierung und Normen erfolgt, sondern hin zu Formen der Selbstführung verlagert wird, für die die Arbeit an sich ein wesentliches Element ist. Alain Ehrenberg beschreibt, dass sich seit den 1980er Jahren einerseits die Identifikation (mit sozialen „Rollen“, Autoritäten, ...) der Ausbildung von Identität gewichen ist. Zum anderen schreibt er: „Es reicht nicht mehr, nur man selbst zu werden und glücklich nach seiner `Autorität´ zu streben, man muß auch aus sich selbst heraus handeln, indem man auf seine inneren Ressourcen zurückgreift. Der zweite Faktor (neben der Identität, Anm.), der unsere Individualität bestimmt, ist also die Notwendigkeit, Initiative zu ergreifen und aktiv zu werden.“ (Ehrenberg 2000: 103). Ehrenberg leitet aus dieser Verschiebung des Vergesellschaftungsmodus ab, dass sich dadurch auch die Bedingungen für widerständiges Handeln gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse modifiziert haben: Während in der fordistischen Gesellschaftsformation die Kritik an den hegemonialen Normen dazu führen konnte, die Identifikation mit ebendiesen abzulehnen, „verführt“ der um das Selbst konstruierte Vergesellschaftungsmodus dazu, die Gründe für Unzulänglichkeit in das eigene Selbst zu legen, weshalb Ablehnung, Scheitern, Misserfolg, Unglück nicht als Zurückweisung an die hegemonialen Normen, sondern vielmehr als subjektives Versagen gelebt wird: „Die Norm verletzen heißt nun weniger ungehorsam zu sein als vielmehr handlungsunfähig. Darin liegt eine andere Vorstellung von Individualität“ (Ehrenberg 2000: 104). Nicht mehr der Konflikt mit den bestehenden Normen ist zentral, sondern die (mögliche) eigene Unzulänglichkeit: Damit verschiebt sich das „fremdbestimmte“ Dürfen (und die Möglichkeiten widerständiger Praxen, die diesem in dem Streben nach Selbstbestimmtheit entgegengehalten werden können) hinzu eigenverantwortlichen Können – und als Kehrseite davon eigenverantwortlichen Scheitern.

Diesen veränderten Subjektbeschreibungen liegt ein „politischer Passivierungsdiskurses“ zugrunde, da die Subjekte durch die stetige Anrufung der

Arbeit an sich selbst in neue Unmittelbarkeitsverhältnisse mit sich selbst und der Welt treten. Als These kann formuliert werden, dass die Subjekte dadurch in einem unverbindlicheren und also imaginärerem Verhältnis sich in der Welt verorten. Bezogen auf das Verhältnis Öffentlich-Privat bedeutet das, dass die Verschiebung von vormals als öffentlich Definiertem in den Bereich des Privaten auch an den Subjektformen abgelesen werden kann, weil diese zunehmend auf ihre *Eigenverantwortlichkeiten* verwiesen werden. Die Verantwortung für ein „gutes Leben“ liegt ausschließlich bei den Subjekten selbst. Daraus schließt Ehrenberg, dass Politik heute sich nicht mehr um das Aushandeln (möglicher) Konfliktlösungen dreht, sondern „darin (besteht), das individuelle Handeln gemeinsam zu erleichtern“ (Ehrenberg 2000: 133). Dies hat in Anschluss an Ehrenberg zur Folge, dass sich die Öffentlichkeit zu einem Raum wandelt, „(...) der eher die gemeinsame Subjektivität der Personen herausstellt, als die Objektivität widersprüchlicher Interessen“ (Ehrenberg 2000: 136).

Fazit

Alle drei Tendenzen werden wir als Angriff auf ein Konzept partizipatorischer Demokratie. Oder schärfer formuliert lässt sich folgende Tendenz festhalten: Zum einen führt die Maskulinisierung des Staates zu einer zunehmenden Autoritarisierung des Politischen, während die Öffentlichkeit immer weniger ihre regulierende Funktion wahrnimmt, da die Verweiblichung der Öffentlichkeit – mit der Privatisierung öffentlicher Belange, der Unmittelbarkeitslogik und der neuen Subjektformen – zu einer Entpolitisierung dieser führt. Mit Rosa Luxemburg bedeutet diese Privatisierung der Öffentlichkeit und die Abwesenheit einer lebendigen kritischen Zivilgesellschaft die Verwahrlosung gesellschaftlicher Institutionen. Darüber hinaus denken wir, dass darunter noch eine weitere Dimension gelagert ist, die sich auf die Frage bezieht, wie die Subjekte regiert werden: Die fordistische Gesellschaftsformation wurde getragen durch aktiven Konsens der Bevölkerung, da der fordistische Sozialstaat durch eine immer weiter ausdehnende Integration gesellschaftlicher Interessen und

Forderungen gekennzeichnet war, wenngleich diese Verstaatlichung gesellschaftlicher Anliegen immer kompromisshaft war und auch einen Weg darstellten, um radikale Forderungen zu zähmen. Die Schaffung von Konsens im Fordismus basierte auf der Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Kräfte einbindet, sowie politischen und materiellen Zugeständnissen. Dies ermöglichte, dass den Subjekte eine gemeinsame Perspektive versprochen werden konnten und dass diese sich (eher) als aktiv gestaltende Subjekte denken konnten. Was sich mit der „Krise des Fordismus“ neben ökonomischen Veränderungen verschoben hat, ist bezogen auf den Staat bzw. auf die Form, wie der Staat die Subjekte regiert, dass das Moment der aktiven Zustimmung an Bedeutung verloren hat. Anstatt die Subjekte ideologisch/ideell an den Staat und das Politische zu binden, können wir jetzt beobachten, wie staatliches Handeln weniger das Ziel der Integration verfolgt, sondern dass staatliches Regieren gegenwärtig auf dem abgetrennten Verhältnis der Subjekte zu staatlichen Entscheidungen beruht – und damit die Regierungsformen an Autorität gewannen. Das würde bedeuten, dass staatliches Regieren weniger auf die Zustimmung, den Konsens baut, sondern auf autoritäre Regierungsformen. Der Begriff „Politikverdrossenheit“ fängt diesen Umstand der Kluft zwischen dem Staat und den Subjekten ein, und lässt zugleich unerkennlich, dass die Abwesenheit/Reduktion von Partizipation Teil des gegenwärtigen Politischen ist. Öffentlichkeit reguliert somit nicht mehr staatliches Handeln, noch ist sie ein Raum, wo Stimmen artikuliert werden, die der Staat zu integrieren versuchen muss, vielmehr ist die Verweiblichung von Öffentlichkeit das Schmiermittel für die Vermännlichung respektive die Autoritarisierung des Politischen. Die neuen Subjektivierungsformen, die um die Momente Selbstzentrierung und Unmittelbarkeit gebaut sind, fügen sich in dieses Auseinanderklaffen von staatlichen Entscheidungen und der Partizipation der Subjekte ein. Damit korrelieren auch die 9 Alltagserfahrungen der Subjekte, wonach politisches Handeln immer weniger mit aktivem Eingreifen und Gestalten verbunden wird.

II.

Hinter den eben skizzierten Veränderungen sowohl von Öffentlichkeit als auch der Subjektkonstruktionen, lassen sich paradoxerweise als verzerrtes Echo Forderungen sozialer Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre erkennen. Während für Rosa Luxemburg die Zivilgesellschaft die Bedingung für die Lebendigkeit gesellschaftlicher Institutionen darstellte, wies Antonio Gramsci darauf hin, dass die Zivilgesellschaft auch jenen Bereich darstellt, der die stabile Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse sichert. Die Stimme der Kritik hatte in der Geschichte des Kapitalismus somit immer eine Doppelfunktion: sie ermöglichte die Zähmung der kapitalistischen Gewalt und zugleich konnte sie inkorporiert werden sowohl als profitbringender kapitalistischer Fortschritt als auch als Motor, um die Zustimmung der Individuen zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zu organisieren.

Seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts haben die Stimmen der Kritik an Stärke verloren und wurden noch einmal deutlich geschwächt durch die Umbrüche der staatssozialistischen Länder, da mit deren Ende die (Denk-)Möglichkeit alternativer Gesellschaftsentwürfe zugunsten der Vorstellung des alternativlosen Kapitalismus verloren ging. Zugleich stellen die neoliberalen Umbauprozesse ein Projekt dar, das wesentlich auf Elementen basiert, die im Fordismus als kritische Forderungen sozialer Bewegungen wie der Frauenbewegung formuliert wurden. Gramsci hat für diese Eingliederung von kritischen Forderungen und Gegenbewegungen den Begriff „passive Revolution“ geprägt und erachtete die Integration von Kritik als wesentlich für die Fähigkeit des Staates, sich selbst immer wieder zu transformieren und die Subjekte in diesen Transformationen zu regieren und orientieren.

Bezogen auf die aktuellen Umbauprozesse der Öffentlichkeit bedeutet das, dass die Kritik an der „rational-männlichen“ und auf Ausschluss beruhenden Öffentlichkeit 10 dahingehend integriert wurde, dass Öffentlichkeit nun der Konstruktion des Weiblichen folgt. Darüber hinaus erscheint angesichts staatlicher Interventionen in öffentliche Räume durch Überwachungsformen, normalisierender Eingriffe in das Zusammenleben, Lauschangriffen, Transparenzmachen von Gesundheit,

polizeilicher Kontrollen des Alltagslebens bestimmter Personengruppen, neuer Formen des öffentlichen Zugriffs auf den Alltag der Slogan der Frauenbewegung „Das Persönliche ist politisch“ paradox verzerrt.

Auch in den veränderten Subjektbeschreibungen lässt sich der Faden zur Kritik an den dominanten Subjektivierungsformen des Fordismus zurückverfolgen. Die Kritik der NSB und der Frauenbewegung kann auch als Widerstand gegen die öffentlichen Subjektivierungsformen des Fordismus interpretiert werden. Neben der Kritik an der ökonomischen Ausbeutung richtete sich der Widerstand der sozialen Bewegungen gegen die vorherrschenden Disziplin-, Norm- und Normalitätsvorstellungen. Wenn wir Ehrenbergs Analyse der gegenwärtigen Subjektkonstruktionen folgen, dann lässt sich daraus entnehmen, dass die fordistischen disziplinierenden gesellschaftlichen Regulierungsformen in der Tat abgebaut wurden. An deren Stelle ist ein Institutionengefüge der „Selbstproduktion“ getreten. Im Zusammenhang damit lässt sich eine Verlagerung von den Disziplinierungsinstrumente des (Sozial-)Staates innerhalb des Fordismus zu Mechanismen der Selbstführung konstatieren. Eigenverantwortung, Autonomie, persönliche Freiheit sind die Schlagwörter dieser veränderten Subjektivierungsformen und Selbstführungstechniken.

Aus beiden Veränderungen lässt sich ablesen, wie ursprünglich als Gegen-Wissen formulierte Erfahrung politisch „enteignet“ wurde und zu staatlichem Gestaltungswissen transformiert wurde.

III.

Gegen viele Tendenzen der marxistisch orientierten sozialen Bewegungen, Demokratie einseitig als Herrschaftsmittel zu sehen, begriff Luxemburg Demokratie als Lebensform, als Habitus, als verallgemeinerbare Regelungsform für alle öffentlichen und vielleicht sogar privaten Angelegenheiten.

11

Die Form einer so gefassten sozialen Demokratie wäre dem Modell des politischen

Problemlösungshandelns vorangestellt. Unter dem Stichwort Kommunitarismus wird die Vorstellung von Demokratie als Gemeinschaft gebündelt. John Dewey politisierte den Gemeinschaftsgedanken bereits in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts „Als Idee betrachtet, ist die Demokratie nicht eine Alternative zu anderen Prinzipien assoziierten Lebens. Sie ist die Idee des Gemeinschaftslebens selbst" (Dewey 1996:129). Es handelt sich hierbei um die Vorstellung einer sozialen Demokratie als eines Raums der Entfaltung und des ungehinderten Wachstums des Individuums, das abhängig ist von entgegenkommenden Assoziationsverhältnissen, und Dewey ist der Überzeugung, dass diese das Wachstum um so mehr begünstigen, je demokratischer ihre Binnenstruktur ist. Insofern nun sämtliche sozialen Sphären hier von Belang sind, bezieht sich dieses Demokratieverständnis auf die gesamte Gesellschaft und kann nicht mit einer bestimmten Form der politischen Willensbildung gleichgesetzt werden. Demokratie in diesem Sinne ist für ihn ein spezifischer Erfahrungsraum, in dem aktive wie passive Komponenten ineinandergreifen: „Lernen, menschlich zu sein, bedeutet, durch das Geben und Nehmen der Kommunikation einen tatsächlichen Sinn dafür zu entwickeln, ein individuell unterschiedenes Mitglied einer Gemeinschaft zu sein" (Dewey 1996, S. 133). Hier wird unschwer deutlich, auf welche Weise Dewey die normativen Konnotationen seines Erfahrungsbegriffs mit dem Ideal einer demokratischen Gemeinschaft verschränkt; es ist die ästhetische Dimension von demokratischen Kommunikationsprozessen, die dieser Vorstellung zugrunde liegt. In "Demokratie und Erziehung" bringt Dewey diesen Kerngedanken mit folgenden Worten auf den Punkt: „Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsam und miteinander geteilten Erfahrung" (Dewey 1964,S 121).

Wie Axel Honneth (1999) herausgearbeitet hat, wird Deweys
Demokratiekonzeption

12

somit von dem Ideal der sozialen Kooperation getragen, und zwar einer Kooperation, die sich nicht, wie dies im politischen Liberalismus, aber auch in Habermas' Diskurstheorie der Fall ist, auf die im engeren Sinne politische Sphäre beschränkt.

Vielmehr müssen sich Dewey zufolge die kooperativen Interaktionsformen auf die gesamte Gesellschaft beziehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger in der Lage sein sollen, ihre Konflikte demokratisch zu lösen. Nur vor diesem Hintergrund einer sozialen Demokratie ist die wechselseitige Bereitschaft, sich überhaupt auf die anstrengenden und oftmals kostspieligen Verfahren der demokratischen Konfliktbearbeitung einzulassen, durchführbar. „Dewey sieht die Voraussetzung einer Revitalisierung von demokratischer Öffentlichkeiten in einem subpolitischen Bereich der gesellschaftlichen Arbeitsteilung angelegt, der so fair und gerecht geregelt sein muss, das jedes Gesellschaftsmitglied sich überhaupt als aktiver Teilnehmer eines kooperativen Unternehmens vorstellen kann; denn ohne ein solches Bewusstsein geteilter Verantwortung und Kooperation, So setzt Dewey mit Recht voraus, wird der einzelne gar nicht dazu gelangen, in den demokratischen Verfahren der Willensbildung das Mittel der gemeinsamen Problemlösung zu sehen.“ (Honneth 1999, S. 60) f)